

Eine Fehlkonstruktion von Anfang an

VON HERMANN RUDOLPH

Selten kommt es vor, daß politische Gesten zu Schlüsselszenen werden. Diese, die sich vor fünfzig Jahren im damaligen Admiralspalast, dem heutigen Metropol am Bahnhof Friedrichstraße, bei der Vereinigung von KPD und SPD zur SED abspielte, war eine solche. Sie fehlte in keinem Geschichtsbuch der DDR, erschien ikonengleich in jeder Selbstdarstellung: Wilhelm Pieck und Otto Grotewohl, der KPD-Vorsitzende und der führende Mann der Ost-SPD, von links und rechts die Bühne betretend, um sich in der Mitte die Hände zu geben. Seither schmückte der sogenannte „historische Händedruck“, millionenfach vervielfältigt, oft auch ironisiert, über vierzig Jahre lang die Reverse der Parteimitglieder. Im Rückblick ist unschwer zu erkennen, was sich damals vollzog: ein erstes Beispiel jener penetranten propagandistischen Inszenierungen, mittels derer sich die SED die Geschichte zurechtbog. Doch für eines der folgenreichsten Ereignisse der Nachkriegsgeschichte steht die Szene gleichwohl.

Denn mit diesem Gründungsakt der SED wird die Zwangsvereinigung von KPD und SPD, bis dahin eher eine Angelegenheit zwischen den beiden Arbeiterparteien, zum politischen Faktum, der nun wirklich eine Weichenstellung darstellte – und zwar mit Konsequenzen, die erst mit dem Zusammenbruch dieser Partei im Herbst 1989 und der deutschen Vereinigung an ihr Ende gelangten. Die SED-Gründung eliminierte in einem Drittel Deutschlands die SPD als eigenständige Kraft, zerbrach damit die eben erst wieder entstandene, weitgehend einheitliche deutsche Parteienlandschaft und ebnete der totalitären Umgestaltung des östlichen Deutschlands den Weg. Natürlich war es die große Politik, die die Entwicklung bestimmte: aber ohne SED-Gründung keine deutsche Spaltung, also auch keine DDR, übrigens wohl auch nicht die eiserne Abwehrhaltung gegen alle kommunistischen Sirenengesänge, die die Entwicklung der SPD und die westdeutsche Politik insgesamt lange prägte.

Es ist gut, daß nach den Diskussionen, die in den letzten Monaten über die

Zwangsvereinigung von SPD und KPD geführt worden sind, die Erinnerung an den 21. April 1946 den Blick auf die SED-Gründung lenkt. Das erledigt – frei nach dem Motto „An ihren Früchten sollt ihr sie erkennen“ – viele Kontroversen. Denn schon 1947 erhob die SED den Anspruch, die „führende Kraft zu sein“, und die Rigorosität, mit der sie ihn exekutierte, verdeutlicht den damit dokumentierten Hegemoniewillen einschließlich der Absage an die traditionelle Partei-Rolle; schon ein Jahr später propagierte sie den Wandel zu einer „Partei neuen Typus“, also jener stalinistischen Kader- und Apparat-Partei, die dann vier Jahrzehnte lang das politische, gesellschaftliche und wirtschaftliche Leben im östlichen Deutschland deformiert, ja zerstört hat. Falls es einmal eine andere, nämlich demokratiebereite SED gegeben haben sollte, so kann sich das nur auf die Gründungsminute beschränkt haben. Aber auch das ist nicht sehr wahrscheinlich: den totalitären Bazillus trugen die KPD-Führer, die ja alle tief durchdrungen waren von der kommunistischen Parteitradition, in sich. Die vom früheren Partei-Organ „Neues Deutschland“ unlängst in einer Diskussionsveranstaltung aufgeworfene Frage, ob die SED „eine Fehlkonstruktion von Anfang an“ gewesen sei, läßt sich also einfach beantworten: Ja, sie war es.

Was folgt aus der Erinnerung an den 21. April 1946? Natürlich die Lehre – aber das versteht sich von selbst –, der PDS genau auf die Finger zu sehen, beherzigenswert vor allem für die SPD – um so mehr, als die SED-Nachfolgerin sich bei seiner Umgründung im Dezember 1989 in einem ziemlich unverfrorenen Piratenakt der Formel vom Demokratischen Sozialismus bemächtigt hat, mit der die SPD gerade die kommunistische Deformation dieser Idee bekämpft hat und welche die SED als „Sozialdemokratismus“ erbarmungslos verfolgt hat. Andererseits ist die PDS wirklich nicht mehr die SED von einst. Aber was ist sie dann? Die Partei hat bis zur Stunde keine beruhigende Antwort gegeben. Darauf zu beharren wäre ein notwendiger Tribut an den Tag vor fünfzig Jahren.

Lafontaine will PDS-Wähler gewinnen

50. Jahrestag der Vereinigung von SPD und KPD / Gedenkfeier

Lt. BERLIN, 21. April. Der SPD-Vorsitzende Lafontaine hat der SED-Nachfolgepartei PDS vorgeworfen, es fehle ihr an Mut, „ihre Geschichte ehrlich und schonungslos aufzuarbeiten und die Verantwortung für die historische Schuld ihrer Vorgängerpartei zu übernehmen“. Lafontaine sprach während einer Gedenkfeier im Berliner Metropol-Theater anlässlich des 50. Jahrestages der erzwungenen Vereinigung von SPD und KPD in der damaligen sowjetisch besetzten Zone. Er beschrieb das heutige Verhältnis der SPD zur PDS als eine politische Gegnerschaft und Konkurrenz. Auf die Situation in Mecklenburg-Vorpommern, wo es bei den Sozialdemokraten Bestrebungen gibt, mit Unterstützung der PDS eine Regierung zu bilden, ging Lafontaine nicht ein. Er verlangte allgemein für die SPD, sie müsse sich „mit dem Programm und mit der Politik der PDS inhaltlich kritisch auseinandersetzen“. Das Ziel der SPD sei es, Wähler der PDS für die Sozialdemokratie zu gewinnen. Die Sozialdemokraten seien bereit, ehemalige SED-Mitglieder bei sich aufzunehmen; die SPD sei offen „für alle diejenigen, die sich zu unseren Zielen und Grundwerten bekennen und die keine schwere Schuld auf sich geladen haben“.

Die Umstände der Vereinigung von SPD und KPD vor fünfzig Jahren charakterisierte Lafontaine als eine „politische Gefangennahme“ der Sozialdemokraten. Ohne Zweifel seien damals aus den Reihen der KPD die Täter, aus der SPD hingegen die Opfer gekommen; mindestens 20 000 SPD-Mitglieder seien im Zuge der Zwangsvereinigung gemäßregelt, inhaftiert oder deportiert worden. Im Blick auf diese Ereignisse sei es „zynisch“, wenn die Nachfolgepartei der SED, die PDS, heute lediglich „Elemente von Zwang“ im Zuge der Vereinigung zugestehen wolle. Die PDS verbiege damit die Wahrheit.

Lafontaine erinnerte anschließend an die Ostpolitik, welche die westdeutsche SPD gegenüber der DDR betrieb; er würdigte die Politik der kleinen Schritte Bahrs

und Brandts und verteidigte die Kontakte der SPD zur SED-Führung in den achtziger Jahren. Das gemeinsame SPD-SED-Papier etwa habe der Opposition in der DDR genutzt, da die SED darin zugesichert habe, abweichende Meinungen in ihrem Staat zu dulden. Gespräche von SPD-Politikern mit der DDR-Staats- und Parteiführung hätten bezweckt, „das Leben der Menschen im geteilten Deutschland zu verbessern“. Lafontaine nannte es „überflüssig, daß es über diese objektiven Notwendigkeiten deutsch-deutscher Politik heute immer wieder zu politischen Scheingefechten kommt“.

Die Charakterisierung der SED-Gründung als Zwangsvereinigung wurde während der Gedenkfeier bestätigt durch Schilderungen einiger Zeitzeugen und durch Tonbandmitschnitte einer Berliner SPD-Konferenz im März 1946 im Admiralspalast, jenem Ort, an dem einen Monat später auch der Vereinigungsparteitag und jetzt die Gedenkfeier an das Ereignis stattfand. Auf der SPD-Delegiertenkonferenz im März 1946 schlug jenen SPD-Politikern, die wie Grotewohl für einen Zusammenschluß mit der KPD warben, helle Empörung entgegen. Auch damals waren Schweriner SPD-Funktionäre anderen Parteimitgliedern voraus: Der damalige mecklenburgische SPD-Vorsitzende Moltmann, der als Gastredner auf der Berliner Versammlung sprach, rief damals trotz der hörbar aufgebrachten Menge zu: „Die Vereinigung wird kommen.“

Auf der Gedenkfeier am Wochenende fiel der Beifall dem als Zeitzeugen geladenen gebürtigen Rostocker Peter Schulz zu, der die Zeit der Zwangsvereinigung im Alter von sechzehn Jahren erlebte, wenig später in den Westen floh und später lange Jahre Präsident der Hamburger Bürgerschaft war. Schulz sagte, solange er bei der PDS das höre, was er nach 1945 auch oft gehört habe, daß nämlich „nicht alles schlecht“ gewesen sei, so lange sei er zu einer ernsthaften Befassung mit der PDS nicht bereit.

„Zwangsvereinigung ist der exakte Begriff“

Die SPD hält an ihrer Version des Zusammenschlusses mit der KPD vor 50 Jahren fest – Partei ehrte ihre Opfer

Von ARMIN FUHRER

Berlin – Draußen künden die zahlreichen Baugerüste an der Friedrichstraße an diesem sommerlichen Samstag davon, daß die Hinterlassenschaften des SED-Regimes in der Hauptstadt inzwischen zügig beseitigt werden. Während die zahlreichen Touristen sich vorstellen können, wie das Berlin der Zukunft aussehen wird, werfen drinnen, im Metropol-Theater, rund 1000 Sozialdemokraten einen Blick zurück ins zerbombte Berlin der Nachkriegszeit. Hier, im ehemaligen Admiralspalast, wurde vor genau 50 Jahren, am 21./22. April 1946 die Verschmelzung von SPD und KPD beschlossen.

Die Atmosphäre unter den Genossen ist familiär. „Du auch hier?“ hört man schon im Hof des Theaters, oder: „Weißt du noch, damals...“ Viele, die schon vor 50 Jahren der historischen Vereinigungsversammlung beigewohnt hatten, sind auch heute dabei. Als dann um 10.30 Berlins Bürgermeisterin Christine Bergmann die Veranstaltung eröffnet, weicht das Familiäre einer getragenen Atmosphäre. Man ist schließlich zusammengekommen, um der vermutlich etwa 20 000 Opfer – getötete, inhaftierte oder gemäßregelte Genossen – zu gedenken, die im Zusammenhang mit der Zwangsvereinigung gezählt wurden.

Die Bedeutung des Tages unter-

streicht Bundespräsident Roman Herzog, der vom Schloß Bellevue die zwei Kilometer zur Friedrichstraße herübergekommen ist und in der ersten Reihe Platz nimmt, allein schon durch seine Anwesenheit. Schweigend verfolgt er das Programm auf der Bühne mit den dicken purpurroten Samtvorhängen an der Rückseite. Professor Hermann Weber, Mitglied der Historischen Kommission beim

SPD-Parteivorstand, setzt sich gegen Versuche sowohl von der PDS als auch von der CDU zur Wehr, die Gründung der SED als von vielen Sozialdemokraten gewünschten Akt zu interpretieren: „Der Begriff Zwangsvereinigung beschreibt exakt die politische Situation der Sozialdemokraten 1945/46“, sagt der renommierte Historiker. Lafontaine wird die SED-Gründung in seiner Rede als „politische Gefangennahme der SPD im Osten Deutschlands“ bezeichnen. Die „Wahrheit über die Zwangsvereinigung“ heiße: „Aus den Reihen der KPD kamen die Täter, die

Opfer dagegen kamen aus der Sozialdemokratischen Partei.“ Damit allerdings wird kaum das letzte Wort gesprochen sein. Bereits am Wochenende ging die Diskussion um die „Zwangsvereinigung“ weiter. Während PDS-Chef Lothar Bisky erneut den Begriff strikt ablehnte, sprach sich Mecklenburg-Vorpommerns CDU-Landeschefin Angela Merkel immerhin für eine „differenzierte Aufarbei-



Wie war das damals? Lafontaine im Gespräch mit der Zeitzeugin Irma Haase (r.) und der Berliner Bürgermeisterin Christine Bergmann

FOTO: DPA

halten ergriffen den Atem an, als kurze Tonbandmitschnitte der dramatisch verlaufenen Versammlung von 2000 Sozialdemokraten am 1. März 1946, ebenfalls im Admiralspalast, vorgespielt werden. Damals war deutlich geworden, daß zahlreiche Sozialdemokraten zumindest gegen einen sofortigen Zusammenschluß waren.

Lafontaine fordert die Anwesenden schließlich auf, sich im Gedenken an die Opfer zu erheben. „Im Namen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands verneige ich mich vor den Frauen und Männern, die eingekerkert, gequält und getötet wurden, weil sie ihr Streben nach Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität nicht verleugnen wollten.“ Der SPD-Chef verspricht den Opfern der Zwangsvereinigung: „Ihr Leiden war nicht vergebens.“

Lafontaine nimmt die Veranstaltung auch als Anlaß, sich mit der SED-Nachfolgepartei PDS zu beschäftigen. Bis heute habe die PDS nicht den Mut aufgebracht, die Verantwortung für die historische Schuld ihrer Vorgängerpartei zu übernehmen. Für die SPD sei die PDS ein politischer Gegner und Konkurrent, mit dem man sich kritisch auseinandersetzen müsse. Auf aktuelle Ereignisse geht er nicht ein. Schwerin, wo sich möglicherweise eine Koalition aus SPD und PDS anbahnt, scheint weit.

Sozialdemokraten
Deutsch
Der Partei
Presse

Die Welt

22. April 1996

„Sie hatten keine freie Entscheidung“

Die SPD gedenkt der Opfer der Zwangsvereinigung vor 50 Jahren

Von Peter Pragal

Die SPD gedachte am Wochenende ihrer Mitglieder, die Opfer der Zwangsvereinigung vor 50 Jahren wurden.

Die Tonqualität ist schlecht. Aber was die Zuhörer im Berliner Metropol-Theater, dem einstigen Admiralspalast, vernehmen, ist ein historisches Dokument voller Dramatik. Otto Grotewohl, Wortführer der Vereinigungskampagne, versucht, mehr als 2 000 Berliner Sozialdemokraten von den Vorzügen einer Verschmelzung der SPD mit der KPD zu überzeugen. Er erntet Protest.

„Wir wollen unsere Demokratie retten“, sagt ein Redner. „Wir wollen, daß unsere Mitglieder und nicht irgendwelche Spitzenfunktionäre über das Sein und Nicht-Sein der Sozialdemokratischen Partei entscheiden.“ Grotewohl verliert. Am Ende wird eine Urabstimmung beschlossen, bei der die Berliner SPD einen Monat später den sofortigen Zusammenschluß mit der KPD ablehnte.

Der Berliner Rundfunk hat die Redeschlacht vom 1. März 1946 mit-schneiden lassen. Doch die Aufnahme verschwand im Archiv. Nun dient sie dazu, die Gäste der Gedenk-stunde einzustimmen.

Das Theater, in dem Otto Grotewohl und Wilhelm Pieck beim Vereinigungsparteitag am 21. und 22. April 1946 ihren Händedruck vollzogen, ist gut gefüllt. Es sind vorwiegend ältere Parteimitglieder, die Erinnerungen an die Nachkriegszeit haben. Annemarie Renger, einst Sekretärin von Kurt Schumacher, und Rut Brandt werden mit Applaus empfangen. Als Bundespräsident Roman Herzog eintritt, stehen viele auf.

Der Historiker Hermann Weber sagt, wenn die SPD derjenigen gedenke, die von den Kommunisten verfolgt wurden, dann könne sie sehr wohl darauf verweisen, „daß sie gegenüber dieser Diktatur als Partei der Demokratie im Recht war“. Heute winde sich die PDS und lehne es ab, von Zwangsvereinigung zu sprechen. Der Begriff beschreibe jedoch exakt die damalige politische Lage der Sozialdemokraten. „Sie hatten keine freie Entscheidung, ob sie die SPD weiterführen wollten oder nicht. Un-

ter dem Druck sowjetischer Besatzung gab es keine Alternative.“

„Gegenstimmen wurden nicht zugelassen“, berichtet die in Tel Aviv und Berlin lebende Journalistin Inge Deutschkron. Sie war damals Sekretärin bei der Zentralverwaltung für Volksbildung. Wegen ihrer abweichenden Meinung wurde sie mehrfach aus Versammlungen hinausgeworfen. „Wir wollten um den besten Weg streiten, uns aber diesen nicht vorschreiben lassen“, sagt Ulf Müller, der als Student in Halle dem Druck der Kommunisten ausgesetzt war. Ihn drängte man sogar, für den „bewaffneten Kampf gegen Hitler-Faschisten und Saboteure“ bereitzustehen. Seine Weigerung bezahlte er mit acht Jahren Zuchthaus.

Die KPD habe die SPD vernichten wollen, um unter der Hoheit der sowjetischen Militärmacht die uneingeschränkte Macht auszuüben, sagt der Parteivorsitzende Oskar Lafontaine in seiner Gedenkrede. „Die Einheitspartei war das Instrument dafür.“ Die Auslöschung sei durch Verfolgung, Täuschung und Betrug betrieben worden. „Die Wahrheit heißt: Aus den Reihen der KPD kamen die Täter, die Opfer dagegen

kamen aus der Sozialdemokratie.“ Zu keiner Zeit habe es in der ostdeutschen Sozialdemokratie eine Mehrheit gegeben, die eine Vereinigung unter den von der KPD vorgeschlagenen Bedingungen befürwortet hätte, sagt Lafontaine weiter. Gewiß hätten viele die Hoffnung gehabt, daß die Spaltung der Linken überwunden werden könnte. Aber diese Erwartungen seien „aufs schändlichste betrogen worden“.

Trotz der klaren Worte gelingt es Lafontaine nicht, bei den Zuhörern Emotionen zu wecken. Auch dann nicht, als er auf die PDS zu sprechen kommt. Es sei zynisch, wenn die SED-Erben davon sprechen, es habe damals nur „Elemente von Zwang“ gegeben. Bis heute habe die PDS nicht den Mut aufgebracht, ihre Geschichte ehrlich und schonungslos aufzuarbeiten und die Verantwortung für die Schuld ihrer Vorgängerpartei zu übernehmen. „Dies ist sie aber den Opfern schuldig.“ Für die SPD sei die PDS ein politischer Gegner und Konkurrent, dessen Wähler man zu gewinnen trachte, sagt Lafontaine. Darf man sich mit den SED-Nachfolgern auf ein Bündnis einlassen oder nicht? Zu dieser Frage sagt er freilich nichts.

Eingekesselte Genossen

Wenn sich die CDU-nahe Konrad-Adenauer-Stiftung mit der SED-Gründung vor 50 Jahren beschäftigt, erwartet man eigentlich Hinweise auf die Reaktion der Christdemokraten in diesen Nachkriegszeiten. Oder man befürchtet, daß die Geschichte für aktuelle Auseinandersetzungen zwischen Sozial- und Christdemokraten bemüht wird. Doch nichts dergleichen geschah bei der Adenauer-Stiftung am Freitag. Es gab zwei solide Vorträge über die SED-Historie und eine unaufgeregte Auseinandersetzung mit der PDS. Letztere übernahm der sachsen-anhaltinische CDU-Mann Christoph Bergner. In den Vorträgen schilderten der Berliner Historiker Manfred Wilke die Gründung der SED und sein Rostocker Kollege Werner Müller die Umwandlung

der Partei zu einer stalinistischen. Die Frage, ob es denn nun ein Zusammenschluß oder eine Zwangsvereinigung gewesen sei, beschied Manfred Wilke mit einem Zitat des damaligen SPD-Oberbürgermeisters von Chemnitz, Hans Hermsdorf: „Von einer freien Willensäußerung unserer Genossen kann in der ganzen sowjetischen Zone nicht mehr gesprochen werden. Die Einheit wird eben gemacht, und wehe dem, der sich erlaubt, eine andere Meinung zu haben.“ Wilke erklärte, daß es zwar gemeinsame Auffassungen zwischen der SPD und der KPD gegeben habe. Die Lage der Sozialdemokraten in der sowjetisch besetzten Zone sei aber letztlich mit der „einer eingekesselten Armee“ vergleichbar gewesen. ja